Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 13.03.1997

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Sektenbericht - Aktivitäten von Sekten in Schleswig-Holstein

Ich bin versucht, hier nochmals auf die Entstehungsgründe der großen und wachsenden Attraktivität von Sekten und ähnlichen Organisation einzugehen, aber der Bericht tut dieses in seinem einleitenden Teil so ausgezeichnet, daß ich es hier nicht noch einmal wiederholen muß. Ich möchte nur noch eines anmerken:

Wenn Bürgerinnen und Bürger heute eine verstärkte Anziehungskraft solcher Gruppierungen verspüren, wenn sie das Gefühl haben, daß Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen ihnen nicht ausreichend Lebensbewältigungshilfe und Orientierung bieten, dann ist das vor allem auch eine Herausforderung für eben diese Institutionen. Dann müssen sie sich auch Gedanken machen, wie sie das Vertrauen zurückgewinnen wollen. Dann reicht es nicht, nach Bekämpfung der Sekten und drakonischen Maßnahmen zu rufen. Dann müssen auch die alten Sinnstifter sich mit sich selbst auseinandersetzen. Sie müssen unter Umständen zugeben, daß auch sie versagt haben, und nicht einfach weitermachen wie bisher. Gerade Politikerinnen und Politiker könnten sich da mit Gewinn an die eigene Nase fassen.
In Verbindung mit den jugendpolitischen Debatten ist es mehrfach erwähnt worden: Wer aus Ratlosigkeit oder anderen menschlichen Gründen mal nicht weiß, was er tun soll, der sollte es zugeben, und nicht seine Untätigkeit beharrlich als gute Strategie verkaufen. Es Stünde den Meinungsmachern hierzulande ganz gut zu Gesicht, wenn auch sie einmal zugäben, daß sie von einem Thema keine Ahnung haben. Das wird aber nicht akzeptiert. Wenn wir

von dieser schlechten Kultur wieder wegkommen, dann hätten wir sicher einiges an Glaubwürdigkeit gewonnen.
Aber damit kein falscher Zungenschlag aufkommt unterstreiche ich sicherheitshalber: dieses ist nicht auf die Sektenpolitik gemünzt, sondern ganz allgemein auf politische Kultur bezogen.

Es gibt nun aber leider eine ganze Reihe von Organisationen, die diese allgemeine Unsicherheit der Menschen in der individualisierten Leistungsgesellschaft für eigene Zwecke ausnutzt. Wir haben die Pflicht, unser Wissen über diese Organisationen zu nutzen, um Gefahren für die geistige, körperliche, soziale und materielle Lage der Menschen abzuwenden. Dabei bewegen wir uns in einem Spannungsfeld, denn die Menschen haben die Freiheit zu denken und zu glauben, was sie wollen. Es ist unsere Entscheidung, wann den Menschen durch Abhängigkeit von einer Organisation so viel schaden zugefügt wird, daß der Staat eingreifen muß; und es ist unsere Entscheidung, welche Mittel wir dafür einsetzen.

Wir haben hierzulande durch den Sektenbeauftragten in der Staatskanzlei ein vorbildliches Instrument für den Umgang mit Sekten und Organisationen wie der Scientology. Die Politik der Landesregierung in diesem Bereich und die Arbeit der Informationsstelle hat meine volle Hochachtung.

Was nun die Verwendung des Verfassungsschutzes in Verbindung mit totalitären Gruppierungen wie die Scientology geht, so möchte ich allerdings zu äußerster Vorsicht mahnen. Damit will ich gar nicht die Gefährlichkeit scientologischen Denkens unterschlagen, aber es steckt ein Körnchen Wahrheit in der Ansicht der Scientology-Kennerin Liane von Billerbeck, daß einige zumeist konservative Politiker alles andere als geschickt auf die unsinnigen Vorwürfe des Sektenkonzerns, Scientologen würden in Deutschland verfolgt, reagieren. Man argumentiert eher mit Schaum vorm Mund als mit Tatsachen, sagt Frau von Billerbeck, und ein bißchen ist da schon dran.

Die Anstrengungen, Scientology anders anzupacken als mit dem Verfassungsschutz, sind bisher doch durchaus nicht ohne Erfolg gewesen. Scientology hat in vielen europäischen Ländern schwere Schläge einstecken müssen - ohne daß Geheimdienste impliziert waren. In diesem Fällen wurde nur geltendes Recht angewendet.

Außerdem bestehen viele andere Möglichkeiten, die dubiosen Aktivitäten der Sekte zu unterbinden und publik zu machen:
·Durch lobenswerten Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern sind einige Projekte des Scientology-Bereichs ABLE verwässert worden. Da hat sich also Aufklärung bewährt. In anderen Fällen kann und muß man den rechtlichen Weg einschlagen, wie zum Beispiel bei der Klage gegen Narconon oder auch

bei dem Vorgehen gegen die Schule in Bjerndrup.
·Auch für den WISE-Bereich erreicht man meiner Ansicht nach durch Aufklärung am meisten. Die Initiative, bei Vertragsabschlüssen des Landes mit Fremdfirmen eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, in dem die Betreffenden sich von den Lehren Hubbards distanzieren müssen, scheint ja bisher ganz gut funktioniert zu haben. Es wäre natürlich schön, wenn man in der privaten Wirtschaft etwas ähnliches durchsetzen könnte. Und auch in diesem Bereich können Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden - siehe die verschiedenen Mieter-initiativen gegen die Machenschaften der Scientology im Immobilienbereich.
·Für den dritten Zweig der Scientology, die Church, ist ebenfalls Aufklärungsarbeit das A und O an. Gerade in diesem Bereich sehe ich in erster Linie die Herausforderung, der angeblichen Lebenshilfe der angeblichen Kirche Scientology etwas gegenüberzustellen.

Ich meine also, daß es eine großes Potential anderer Möglichkeiten gibt, als jetzt Verfassungs-schützer in die Scientology zu schicken. Ich sehe, daß es ein Bedürfnis nach Information über diese Vereinigung gibt. Ich sehe, daß die Programmatik der Scientology totalitär und menschenverachtend ist. Ich sehe, daß diese Organisation ein wirklich krankhaftes Verhältnis zu Deutschland hat. Bevor wir aber nicht alle anderen Mittel genutzt haben, sehe ich nicht eine Grundlage für den Einsatz des Verfassungsschutzes.

Für mich gibt es also zwei zentrale Mittel gegen Scientology und ähnliche Organisationen. Zum einen müssen wir jede Gelegenheit nutzen, rechtswidriges Verhalten von Sektenmitgliedern oder der Organisation zu verfolgen. Am wichtigsten ist es aber, ihr die Grundlage zu entziehen, nämlich jene Bürgerinnen und Bürger, die bei Scientology Hilfe suchen. Das geht nur durch Sinnstiftung und durch eine fortgesetzte und verstärkte Aufklärungsarbeit. Nur so werden wir wirklich die Gefahr Scientology bannen. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz könnte bestenfalls zu einem Verbot von Scientology führen. Zu glauben, daß ein solches die Aktivitäten der totalitären und extremistischen Organisation in Deutschland unterbinden würde, wäre so blauäugig, daß ich es keiner Kollegin und keinem Kollegen zutraue.

Ein Bereich, den ich im Bericht etwas vermißt habe, ist Informationen darüber, wie Sektenaussteigern geholfen werden kann und geholfen wird. Für viele stellt sich die Situation ungefähr dar, wie für jemanden, der aus einer harten Drogenkarriere herausgekommen ist. Das soziale Umfeld und die materielle Absicherung sind weggebrochen, und man steht vor einem totalen Neuanfang. Ich habe den Eindruck, daß Hilfen für solche Lebenssituationen noch viel zu wenig vorhanden sind, lasse mich aber gern eines besseren belehren.